

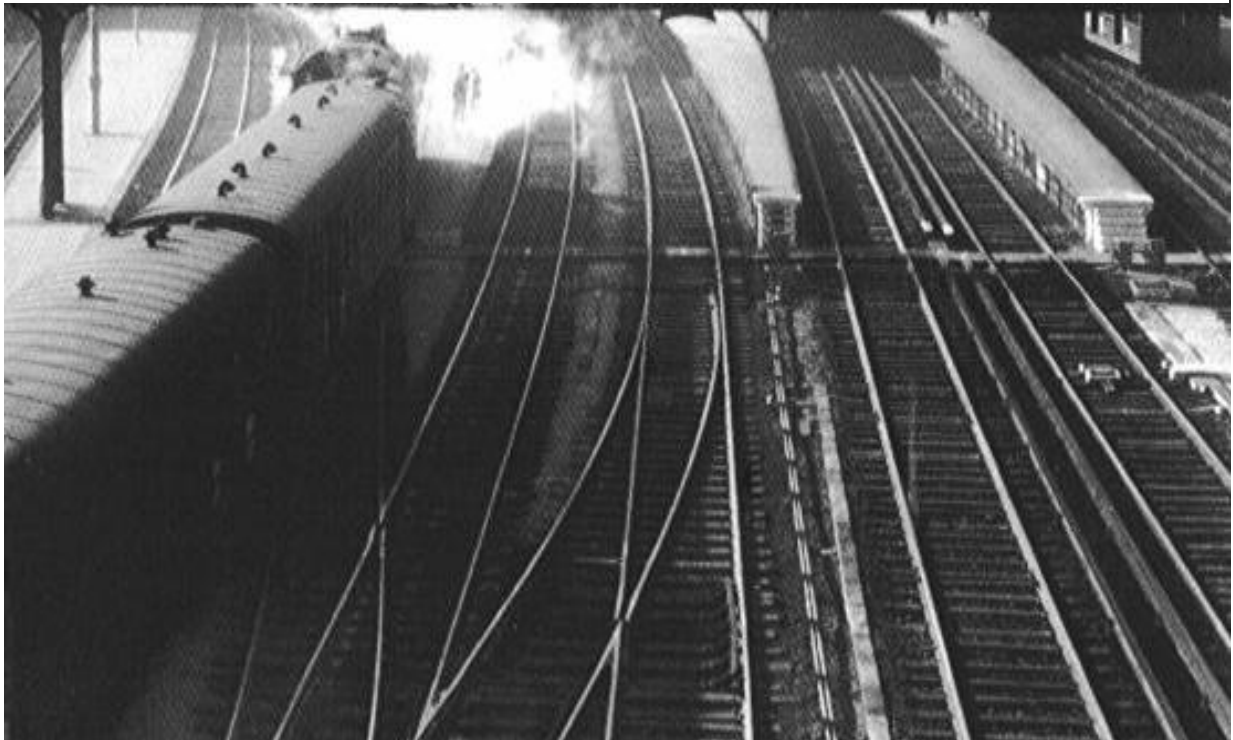
apflspalten



11. Jg.

Nr. 4

11/2003



aktive pflichtschullehrerInnen
unabhängige gewerkschafterInnen



INHALT

aufg'Muckt
Seite 2

KMS
Seite 3 bis 6

Vertrauen u. Gewerkschaft
Seite 6 bis 7

Sollen wir wieder?
Seite 7 bis 10

Gehrsers Biedermeierei
Seite 10 bis 12

Impressum:

Offenlegung gemäß § 23 des
Mediengesetzes.

Herausgeber:

ÖLI-UG Landesgruppe Wien- apflug.

Medieninhaber und für den Inhalt

verantwortlich:

Kurt MUCK

Redaktionelle Betreuung:

Gabriele BOGDAN

Layout: Gerhard MALLER

Alle 1100 Wien, Erlachgasse 95,

Tel/Fax: 607*56*20

e-mail: apflug@ug-oegb.at,

www.apfl.go.to

Blattlinie:

Beitrag zu mehr Demokratie in PV und

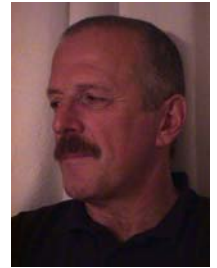
Gewerkschaft.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

stimmen nicht unbedingt mit der Meinung

des Herausgeber überein.

aufg' Muckt



GEHALTSVERHANDLUNGEN

Es ist jedes Jahr das gleiche Ritual. Die Metaller eröffnen im Herbst die Runde der Gehaltsverhandlungen und schließen ungefähr mit dem ab, was sie ursprünglich gefordert haben.

Nun ist es ja unbestritten, dass die Metallarbeiter gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichten. Das gleiche gilt aber allemal für BeamtInnen. Schließlich nehmen sie Aufgaben wahr, ohne die ein Zusammenleben in einem Staatsgebiet unmöglich wäre. Trotzdem wurde und wird das Beamtentum als parasitäre Schicht dargestellt, die faul sich vom sauer Verdienten der übrigen Bevölkerung nährt und sich selbst reproduziert, ja immer größer wird. Ursachen für diese Vorbehalte dürfte gar nicht so sehr darin liegen, dass BeamtInnen so genannte unproduktive Arbeit leisten. Das tun andere „DienstleisterInnen“ auch. Aber - das Ergebnis ihrer Arbeit ist meist „nur“ ein Schriftstück. Oft eines, das Unangenehmes verkündet. Vielfach tritt man ihnen auch als Bittsteller (Ansuchende/r) entgegen, was auch eher Unbehagen verschafft. Umgekehrt „dringt“ man als Partei in die Arbeitswelt der BeamtInnen ein und beurteilt sie nach ihrem punktuellen Verhalten und dem daraus resultierenden Eindruck. Na - und ist ein Beamter noch dazu LehrerIn, dann beeinträchtigt noch die Erinnerung an die eigene Schulzeit das Verhältnis. All das und wahrscheinlich viel mehr nährt das Vorurteil der Unnötigkeit, der Überbezahltheit, derund macht es den Regierenden leicht ihr „teile und herrsche“ - Spielchen zu spielen. Vor allem bei Gehaltsverhandlungen. Die Nachgiebigkeit der verhandelnden GewerkschafterInnen spielt dabei eine große Rolle.

Letztes Mal wurden 2,5% verlangt und 0,8% plus einer 1 ½ Jahre später ausbezahlten lächerlichen Einmalzahlung „aus verhandelt“ Wie immer wurde auch dieses Ergebnis als **Erfolg** gehandelt.

Heuer wurde bei der ersten Runde der BeamtInnen 2,5 % gefordert. Unser Staatssekretär bezeichnete dies als „überhaupt nicht tragbar“. Es soll eine Inflationsabgeltung von 1,2 % als Einmalzahlung (!!!) gewährt werden. De facto bleibt also unser Schemagehalt gleich und wir gehen in die Gehaltsverhandlungen für 2005 von der Höhe 2003 aus. Als besonderes Zuckerl nannte Finz, dass dieses Handgeld (Neugebauer) schon im Februar ausbezahlt würde. (Da schau her – toll!) Für ihn bedeute dies „ein deutliches Anheizen der Kaufkraft der öffentlich Bediensteten“. Außerdem wäre damit für Beamte die Inflationsabgeltung garantiert. Die Gespräche wurden abgebrochen. – Ritual!

In der 2. Runde am 5. November näherte man sich an. Finz rückte ab von der Einmalzahlung. Die Höhe des Zugeständnisses an Neugebauer wurde nicht bekannt. Aber man ging schon mit freundlichen Nasenlöchern auseinander. Auch Ritual. Wetten, dass die 3. Runde ein Ergebnis bringt, das die Gewerkschaft hoch lobt und das weit geringer ist als die ursprüngliche Forderung. Ich würde mich freuen diese Wette zu verlieren.

„speed kills“

KMS

Helmut Breit
Personalvertreter 4.IB
KMS Kauergasse
1150 Wien
e-mail: helmut.breit@utanet.at



Unter dieses, sofortige Übelkeit verursachende Motto, überstrapaziert von der (hoffentlich nicht mehr lange) dahindilettierenden Bundesregierung, kann man durchaus auch die Einführung der „Kooperativen Mittelschule“ (KMS) stellen.

Angepriesen als Rettung der Mittelstufe im Wiener Bereich und gefeiert als gemeinsamer, aller im Wiener Landtag vertretenen Parteien gefasster Beschluss entpuppt sich dieses Sammelsurium von Bestandteilen früherer und bestehender Schulversuche bei näherer Betrachtung als höchst fragwürdiger Versuch die SchülerInnenströme (weg von der AHS) umzuleiten und der Hauptschule neues Leben einzuhauchen. Mittlerweile haben sich zumindest schon die Grünen von diesem Schulversuch distanziert und sehen diesen als faulen Kompromiss zwischen SPÖ und ÖVP.

Apropos SPÖ. Mit dem Modell KMS hat sich die SP somit endgültig von ihrer langjährigen Forderung nach einer gemeinsamen Schule der 10-14-Jährigen verabschiedet, im Gegenteil die Einführung einer vierten Schulform neben der AHS, HS und ASO läuft in die genau entgegengesetzte Richtung.

Überraschenderweise wurde auch auf die seit Jahren hingewiesene Begrenzung für Schulversuche außer Kraft gesetzt und eine fast flächendeckende Einführung beschlossen.

An vielen Standorten gab es kaum so etwas wie einen Entscheidungsprozess, der Beschluss pro oder kontra KMS wurde auf der Basis eines unzureichenden Informationsstandes getroffen und die Einbindung von KollegInnen in den Modellentwicklungsprozess fand ganz einfach nicht statt.

Was sind nun die Eckpfeiler und die Kritikpunkte der KMS?

In der Zielstellung (zu finden unter: http://www.lehrerweb.at/ssr/news/kms/kms_modellbeschreibung.pdf) sind allgemeine Bildungsziele angeführt, die in dieser Form schon wesentlich ausführlicher im Lehrplan '99 zu finden sind. Interessant ist hier nur die Forderung nach einer „humanen, kindgerechten Leistungsschule“ was natürlich die Frage aufwirft, ob es auch inhumane Schulen gibt. Der Begriff „Leistungsschule“ impliziert auch die unten wieder auftauchende und von der Zukunftskommission des Ministeriums anvisierte Einführung von verbindlichen Bildungs- und Leistungsstandards.

Interessant wird es dann bei den „Pädagogischen Vorgaben“. Da als Voraussetzung für die Aufnahme in die erste Schulstufe der KMS der § 40 Abs.1 des Schulorganisationsgesetzes gilt, in dem geregelt ist, unter welchen Bedingungen SchülerInnen in die AHS aufgenommen werden, wird mit einem Kunstgriff derselbe umgangen und durch eine sehr vage Bestimmung ersetzt („Jene AufnahmsbewerberInnen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, können auf Grund eines besonderen Beratungsverfahrens anstelle des Ablegens einer Aufnahmeprüfung aufgenommen werden.“)

Wer in dieses Verfahren eingebunden wird, wann es stattfindet, wer die Letztentscheidung hat, ob es eine Berufungsinstanz gibt, darüber herrscht Unklarheit.

Weitere Vorgaben:

- *Grundlage des Unterrichts sind die Bestimmungen des neuen Lehrplanes für die Sekundarstufe I (Realgymnasium), der durch besondere Maßnahmen der inneren Differenzierung und Individualisierung alle Schüler/innen zur bestmöglichen Entfaltung ihrer individuellen Leistungspotentiale zu führen und auf sämtliche Übertrittsmöglichkeiten nach der 8. Schulstufe vorzubereiten hat.*

Dazu gab es bei der Dienstbesprechung der StandortkoordinatorInnen im Oktober vom zuständigen BSI Wolfgang Gröppel folgende Information: Alle SchülerInnen die in eine KMS aufgenommen werden, befinden sich im Status eines Realgymnasiumsschülers. Sie werden nicht nur nach dem RG-Lehrplan unterrichtet, sondern auch danach beurteilt. Allerdings ist mit Einwilligung der Eltern eine Umstufung in der HS-Lehrplan möglich (auch in einzelnen Fächern). Ohne diese Einwilligung ist eine andere Beurteilung nicht möglich, der Aufwand für diese Umstufungsgespräche wird gigantisch sein. Es stellt sich natürlich die Frage, ob es besonders sinnvoll ist, SchülerInnen ein vermeidbares Misserfolgserlebnis zuzumuten, eine Einstufung in die geeignete Lehrplankategorie nach einem bestimmten Beobachtungszeitraum wäre hier erfolgversprechender.

Im Zuge der seit Jahren durchgeführten Einsparungen und den damit verbundenen Stundenkürzungen wirkt es fast zynisch, besondere Maßnahmen der inneren Differenzierung zu fordern. Wenn nicht einmal mehr in Deutsch, Englisch und Mathematik durchgängiges Teamteaching möglich ist, sind die Möglichkeiten bezüglich Individualisierung und Differenzierung natürlich stark eingeschränkt.

Erste Rückmeldungen von einigen KMS-Standorten lassen auch darauf schließen, dass vielerorts anstatt innerer Differenzierung de facto wieder Leistungsgruppen eingeführt werden (1.LG = RG-Lehrplan, 2.LG = HS-Lehrplan, 3.LG = SchülerInnen mit SPF), was wohl nicht ganz im Sinne des Erfinders sein kann.

- *Durch die Bildung von möglichst stabilen, kleinen Jahrgangsteams wird die Voraussetzung geschaffen für fächerübergreifende und fächerverbindende Unterrichtsarbeit in Bildungsbereichen, die den zusammenschauenden Wissenserwerb und das Lernen in inhaltlichen Zusammenhängen erleichtert.*

Durch die überfallsartige Einführung der KMS fanden die für die Bildung von Schulstufenteams notwendigen Teambildungsprozesse nur sehr rudimentär bis gar nicht statt. Noch dazu wo in so mancher HS selbst Teamteaching noch ein sehr umstrittenes Unterrichtskonzept darstellt (Stichwort: „Kleinklassenmodell“). Die Absicht einzelne Unterrichtsfächer in Bildungsbereiche zusammenzufassen (Grundlage für diese Überlegungen war sicherlich der Schulversuch „Neue Mittelschule“) ist aber untrennbar mit funktionierenden LehrerInnenteams verbunden, von einer etwaigen begleitenden Supervision ist aber nirgends etwas zu lesen.

- *Dem Prinzip der Förderung durch Differenzierung und Individualisierung wird entsprochen durch Erstellung von differenzierten Lernangeboten, die individuelle Zugänge und auch immer wieder neue Einstiege und Anreize bieten, Berücksichtigen der individuell notwendigen Arbeitszeit der Schüler/Inne/n, der unterschiedlichen Lerntypen, der Vorkenntnisse und Vorerfahrungen sowie des soziokulturellen Umfeldes, Berücksichtigung des unterschiedlichen Betreuungsbedarfs, Verwendung von Rückmeldeverfahren, die den Schüler/innen tatsächlich ihr individuelles Leistungspotenzial entfalten helfen, Herstellung eines individuell förderlichen Lernklimas, das alle Lernebenen berücksichtigt.*

Auch hier werden die durchaus positiven Ansätze bezüglich einer Qualitätsverbesserung vermutlich nicht mit den derzeitigen Bedingungen und Ressourcen in Einklang bringen zu sein. Denken wir nur an die Einschränkungen durch das SCHOG (Stichwort „Schulzeitgesetz“), an die manchmal anachronistisch anmutenden Beschränkungen durch

die Schulaufsicht und nicht zuletzt an die noch immer vor uns liegenden weiteren Einsparungen.

- *Zur Umsetzung dieser Vorhaben bedarf es der intensiven Abstimmung der Lehrerteams, die jeweils auf einer Schulstufe gemeinsam unterrichten (Jahrgangsteams) sowie der gemeinsamen Planung und Vorbereitung des Unterrichts.*

Die von manchen übereifrigen LeiterInnen geforderte Verankerung einer gemeinsamen Planungszeit im Stundenplan widerspricht eindeutig der Vereinbarung, die der Zentrallausschuss mit dem Stadtschulrat getroffen hat. Hier ist die Personalvertretung gefordert, für die Einhaltung zu sorgen und einer „versteckte“ Lehrverpflichtungserhöhung entgegenzutreten.

Die Entwicklung der Teamplanung im Schulversuch „Neue Mittelschule“ zeigt allerdings, wie schnell sich solche Festlegungen verändern und zu Ungunsten der KollegInnen ausgelegt werden können. Von der Einrechnung zweier Planungsstunden in die Lehrverpflichtung ging es bis zur im Stundenplan festgelegten Planungszeit außerhalb der Lehrverpflichtung. Es ist zu befürchten, dass im Fall der KMS die Wahl des Planungstermins und des Planungsortes durch die LehrerInnenteams keine unverrückbare Abmachung darstellt. Zur qualitativen Sicherung der Umsetzung der pädagogischen Vorgaben sind Maßnahmen der Evaluation und Reflexion vorgesehen.

- **Berechtigungen**
Gemäß den Zielstellungen, den pädagogischen Vorgaben und den Lehrplanbestimmungen berechtigt das Abschlusszeugnis zum Übertritt ohne Aufnahmeprüfung an alle im Zertifikat angeführten Schulen.

Nach Auskunft von LSI Walter Weidinger ist dieser Punkt schon überholt, da es dieses Bildungszertifikat nicht geben wird (außer in einer unverbindlichen additiven Form). Überhaupt liegt die Form und der Inhalt der Zeugnisse und Schulnachrichten noch völlig im Dunkeln, es bleibt abzuwarten, ob z.B. für vorgesehene Lernfelder adäquate Möglichkeiten in der Zeugnisgestaltung vorhanden sein werden und wie die Regelung bei etwaigen Übertritten in andere Schulformen mit möglicherweise ganz anderen Unterrichtsbereichen geregelt wird.

Viele KollegInnen werden sich schon die Frage gestellt haben, was die kooperierenden, höheren Schulen veranlasst hat in diesen Schulversuch einzusteigen.

Den „Preis“ den der Pflichtschulbereich dafür zu zahlen hat ist kein geringer. Die Stunden die den AHS und BHS für die (einseitige!) Verschränkung des LehrerInneneinsatzes zur Verfügung gestellt werden (also 2 Stunden pro KMS-Klasse) stammen aus dem Stundenpool der Pflichtschulen und wirken sich naturgemäß negativ auf den Dienstpostenplan aus.

Ein kleines Rechenbeispiel: Wenn in vier Jahren an den 104 KMS (bis dahin werden es vermutlich noch mehr sein) alle Klassen als KMS-Klassen geführt werden, bedeutet dies unter der Annahme einer durchschnittlichen Klassenanzahl von 12 pro Schule eine Verschiebung von rund 119 Dienstposten vom Pflichtschul- in den AHS/BHS-Bereich. Ob dieser Preis gerechtfertigt ist, wird sich erst mittelfristig zeigen, wenn die Tendenz abnehmender SchülerInnenzahlen in den Pflichtschulen der Mittelstufe gestoppt werden kann. In den ersten Jahren werden sich vielleicht noch einige Eltern vom neuen Schultitel blenden lassen, die flächendeckende Einführung der KMS wird sie aber bald dazu veranlassen, darüber nachzudenken, ob sich im Vergleich zur HS außer dem neuen Titel wirklich so viel geändert hat.

Vertrauen?

Vertrauensschutz?

Vertrauen in unsere Gewerkschaft?



Karl Fischbacher
PV-PTS-Wien
apfl-Personalvertreter

Vertrauensschutz hin, Vertrauensschutz her, die großen Coups, Jahrzehnte langes gutgläubiges Vertrauen in Lebensverträge zu überfahren, haben Rot-Schwarz-Blaue Regierungen bereits mit ihren „Pensionsreformen“ des letzten Jahrzehnts gelandet: Da erfuhr mensch sozusagen aus Zeitungen und TV über Nacht, dass er/sie nun 2,3,4,5 Jahre tatsächlich länger Lohn arbeiten wird müssen. Freilich, medial wurden er/sie schon seit langem behämmert, dass die Bevölkerung immer älter werde, daher das Geld im Sozial- und Pensionstopf fehle und er/sie halt weniger Jahre vor seinem/ihren Tod in der Alterspension zu leben habe. Von den wachsenden Hunderten Euromilliarden in Stiftungen oder den Euro-Hunderttausender-Managergehältern samt Sonderpensionsregelungen war in diesen Kampagnen natürlich nicht die Rede. Und weil halt ohne diesen kapitalen Reichtum in diesem Steuersystem die Sozialtöpfe immer leerer werden, wird Schwarz-Blau weiter Lebensverträge der Lohnabhängigen brechen müssen. Das wird in neoliberalen Machzeiten sozusagen eine ihrer Hauptbeschäftigungen!

Nächster Coup: ÖBB

70% der beim Verfassungsgericht eingelangten Gesetze von SchwarzBlau von 2002 waren verfassungswidrig! Unfallrentenbesteuerung, Ambulanzgebühr, Hauptverband... Den nächsten Coup haben jetzt Gorbach & Kuckacka bei den ÖBB hingelegt: *Abschaffung der automatischen Vorrückungen *Kürzung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall von einem Jahr auf 4 Monate für alle ÖBBlerInnen *Und der Kündigungsschutz wird für alle aufgehoben, die a) einer Versetzung nicht zustimmen und b) unter 40 Jahre alt sind! Das ergibt

also gleich eine Vielfalt von Eingriffen in Vertrauens- und Gleichheitsgrundsätze! Selbst dem Regierungsverfassungsjuristen Heinz Mayer war das zu viel. Der ganze Gorbach-Kuckacka-Entwurf sei zwar „verfassungskonform“, aber dass

„Eisenbahnern, die vielleicht 20 oder 25 Jahre bei den ÖBB sind, plötzlich der Kündigungsschutz entzogen wird, ist zumindest problematisch“. Nun Problematisches hat solche Juristen noch nie daran gehindert, tiefe Lebensschnitte für die Lohnarbeitenden für verfassungskonform zu erklären. Die ÖBB-Gewerkschaft will jedenfalls ebenso beim Verfassungsgerichtshof klagen. Zudem hat sie einen Überstundenboykott angekurbelt. Die Eisenbahnergewerkschaftsführung hatte allerdings bereits früher für alle nach 1996 eingetretenen ÖBBlerInnen zugelassen, dass Krankheitsentgeltfortzahlung und Kündigungsschutz durchlöchert werden. Und ihr Überstundenboykott läuft mehr auf eine dienstinterne Petitionspolitik gegenüber den Vorständen hinaus und ist ineffektiv ...

Und wir LehrerInnen?

Eine gewerkschaftlich passive Politik mit Hoffnungen auf die konservative (fast nur) Herrenrunde des Obersten Gerichtshofes wird dem neoliberalen Wahn von SchwarzBlau nicht aufhalten können. Schüssel, Bartenstein, Grasser & Co kümmern sich kaum noch um gesetzliche Vorgaben in Sachen Schenkungssteuern, Postenbestellungen oder Insidergeschäften. Die Diktatur der großen Konzerne für freie Profite schert sich wenig um Gesetze. Das betrifft auch den Bildungsbereich. Der Druck für ein „schlankes“ Bildungswesen mit ausgegliederten (reichen und armen) Schulen und autonomen Entscheidungen der Schulleitungen in Personal- und Finanzpolitik wird immer stärker. Für Biennalsprünge, Jahres-Krankheitsentgeltfortzahlung und Kündigungsschutz für LehrerInnen wird es da kein Verständnis mehr geben!

Was für eine Gewerkschaft werden wir brauchen? Die jetzige, die im Juni nach zwei kaum merkbaren Teilstreiks zur abgehobenen Sozialpartnerschaftspolitik zurückgekehrt ist? Während andere Berufsgruppen im öffentlichen Dienst wie das AUA-Bordpersonal oder die ÖBB-Angestellten verzweifelt kämpften, meinte die neue AHS-Gewerkschaftsvorsitzende, dass neue Streiks nicht in der Luft lägen. Gar nicht zu reden von unserer PflichtschullehrerInnen-Gewerkschaft: Die schweigt gleich ganz. In den Schulen herrschen schon heute unerträgliche Bildungsbedingungen und weitere Verschlechterungen drohen. Wir werden uns auch mit anderen Angestelltenschichten im öffentlichen und kommunalen Dienst (und darüber hinaus) zusammen schließen müssen, um die neoliberalen Angriffe erfolgreich abwehren zu können! Wir brauchen kämpferische und demokratische Gewerkschaften. Die apfl steht für eine solche Politik! Ich arbeite zudem in der *>Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften<* mit BetriebsrätInnen und GewerkschaftsaktivistInnen von AUA, ÖBB, GPA und GdE mit (<http://web.utonet.at/labournet.austria/plagew.htm>). Eine andere Gewerkschaftspolitik wird immer dringlicher!

Sollen wir wieder?

Jo, dürf' ma denn des?

Oder ist eh schon alles egal?

Andreas Chvatal,

,apfl' Personalvertreter 8. IB
andreas.chvatal@ug-oegb.at;

Zunächst meine persönliche Erfahrung bei den Streiks im Mai und Juni dieses Jahres. Ich könnte mir vorstellen, dass ich nicht der einzige bin, dem es so ging, vor allem als dann plötzlich alles vorbei war.

13. Mai 03: Die Bundessektionen Pflichtschullehrer (BS 10) und Lehrer an BMHS (BS 14) der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) führen einen - von den anderen Sektionen der GÖD isolierten - Streik gegen die geplante Pensionsreform durch.

Obwohl ihre Ankündigung sehr kurzfristig und ein wenig unklar ist, wird die Maßnahme von den KollegInnen fast lückenlos unterstützt. Versuche von Seiten des Dienstgebers, den Streik zu ‚verbieten‘ scheitern kläglich. Sicherlich war ein großer Teil der LehrerInnen zu diesem Zeitpunkt bereit, auch weitergehende gewerkschaftliche Maßnahmen mitzutragen. Ein deutliches Indiz dafür aus meiner persönlichen Erfahrung war die Zustimmung der Dienststellenversammlung des 8. Inspektionsbezirks für einen Antrag von ‚apfl‘, die GÖD aufzufordern, bald einen mindestens zweitägigen Streik des gesamten öffentlichen Dienstes zu organisieren und so ein weiteres, deutliches Zeichen des Widerstands zu setzen. Es waren gut 400 der 650 KollegInnen des Bezirks anwesend, nur eine Handvoll stimmte gegen den Antrag. Auch aus anderen Bezirken wurde von einer ähnlichen Stimmung berichtet.

Für ‚apfl‘ AktivistInnen waren die Tage vor dem 13. Mai sehr arbeitsintensiv.

Gemeinsam mit unseren ÖLI-UG-KollegInnen aus mehreren Bundesländern verfassten wir einen Vorschlag für einen Resolutionstext für eine Aufforderung an die GÖD, die gewerkschaftlichen Maßnahmen zu intensivieren. Dieser Text wurde per Email versandt, unter anderem an alle Pflichtschulstandorte in der Steiermark, OÖ und Wien. Wo dies möglich war, wurde die Resolution am Streiktag an die Schulen gebracht.

Ich denke, dass wir dadurch den 13. Mai gut genützt haben, und uns als jene Kraft in der Gewerkschaft positionierten, die gern länger und auf wesentlich breiterer Basis gestreikt hätte.

Bekanntlich konnte das Ziel des Streiks des 13. Mai nicht erreicht werden. Was wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass ein solches (vorsichtshalber?) gar nicht erst formuliert wurde. Schließlich blieb den BS 10 und 14 nichts anderes übrig, als den KollegInnen für die Unterstützung zu danken und die Sache mit der Pensionsreform zunächst auf sich beruhen zu lassen.

In den darauf folgenden Tagen und Wochen wurde jedoch klar, dass sehr viele Menschen den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Pensionsreform tatsächlich aufnehmen wollten.

Eindeutiges Zeichen dafür war die Massenbeteiligung an der völlig verhaselten und verregneten Demonstration des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) ebenfalls am 13. Mai in Wien.

Angesichts dieses durchschlagenden Mobilisierungserfolges musste nun auch der gesamte ÖGB und mit ihm die gesamte GÖD reagieren.

Das Resultat dieser Entwicklung war der Generalstreik(versuch) des 3. Juni 03.

Wieder war die Beteiligung beachtlich. Natürlich konnte sie bei weitem nicht lückenlos sein, schon alleine wegen der mangelnden Streikerfahrung aller Beteiligten.

ÖGB und GÖD erwiesen sich aber als überaus lernfähig, und wiederholten sämtliche Fehler des Lehrer(Innen)streiks vom 13. Mai auf das Genaueste.

Durch die Fixierung auf einen einzigen Tag wurde der Protestcharakter der Maßnahme überbetont. Dies kam einer Einladung zum Aussitzen an die Bundesregierung gleich, welche von dieser dankbar angenommen wurde. Noch schwerwiegender war jedoch, dass erneut auf ein klares Streikziel verzichtet wurde.

Allen Streikenden war wohl klar, dass der 3. Juni alleine die Pensionsreform nicht verhindern würde und viele fragten sich wie es weitergehen würde. Sie mussten zur Kenntnis nehmen: „Es geht gar nicht weiter! Und aus!“

Als Trost für den jähen Abbruch unserer Mobilisierungswilligkeit durften wir dann mit ansehen, wie ÖGB Präsident Verzetnitsch am runden Tisch von Schüssel und Co erklärt wurde, dass es zwar ein paar Zugeständnisse geben werde

(z. B. die Verlustdeckelung) aber die Pensionsreform ansonst wie geplant durchgezogen würde. Und das war's dann. - Eine Niederlage des ÖGB?

Wie frau/man es nimmt!

Schon am 3. Juni, dem großen Streiktag, war auf der ÖGB Homepage zu erfahren, welche Vorstellungen die Gewerkschaft für eine Pensionsreform hätte. Diese lies und lässt sich trefflich, telefonnummernähnlich zusammenfassen: 80 – 45 – 65!

Will heißen 80 % des durchschnittlichen Lebensverdienstes, mit 45 Beitragsjahren im Alter von 65.

Ich wäre sehr dankbar, wenn mir jemand erklären könnte, wo hier der große, qualitative Unterschied zur bösen, bösen ÖVP-FPÖ Pensionsreform liegen soll.

Eines ist mir allerdings seitdem klar geworden. Nämlich, warum angesichts dieser Tatsache, von der Angabe eines Streikzieles am 3. Juni tunlichst abgesehen wurde.

(Die Formel 80 – 45 – 65 ist übrigens deckungsgleich mit den Pensionsreformvorstellungen der SPÖ.)

Für mich (und da bin ich sicher nicht der Einzige) stellt sich damit die Frage: „Wofür haben wir eigentlich gestreikt?“

Es kann doch nicht so gewesen sein, dass der ÖGB plötzlich draufgekommen ist: „Hoppala, wir wollen ja eh was Ähnliches wie die Regierung. Also, Streik over!“

Eine Erklärung ist für mich in der politischen Verfasstheit des ÖGB zu finden. Dieser war immer schon mit politischen Parteien verbandelt. Die GÖD ist über die Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG) von der ÖVP dominiert. Für die anderen Gewerkschaften gilt das Gleiche in rosarot mit der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG).

Deshalb sind die Gewerkschaften derzeit praktisch unfähig, wirklich konsequent die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, da immer und überall auch (oder: vor allem?) die Ziele der jeweiligen Mutterpartei mitbedacht werden müssen.

Was liegt also näher, als in gravierenden Konfliktsituationen dem Druck von unten gerade eben soweit nachzugeben und endlich - ohnehin viel zu spät - zu streiken? Aber natürlich immer nur einen Tag und unter so unklaren Voraussetzungen (Streikziel!), dass gleich wieder abgebrochen werden kann.

Wozu solche Streiks führen, ist klar. Die Mobilisierung der Basis bricht zusammen und der Dienstgeber setzt sich weitgehend durch. Wir haben es erlebt.

Wahrlich kein erfreuliches Resümee.

Als (fast) einziger Erfolg kann also nur verbucht werden, dass überhaupt gestreikt wurde, oder - ein bisschen böser gesagt - dass die Gewerkschaften die Streiks ‚zuließen‘.

Ein ganz wichtiger Faktor für das Zustandekommen der Situation in Frühjahr war aber die Bereitschaft vieler Menschen, gegen Pensionsreform und andere Verschlechterungen aktiv zu werden.

Dadurch wuchs der Druck auf die Gewerkschaftsführungen. 100.000 Menschen, die bei Katastrofenwetter stundenlang demonstrieren kann niemand ignorieren. Genausowenig wie die in vielen Bereichen großartige Streikbeteiligung.

Ich glaube, dass dies die wichtigsten Lehren des Frühjahrs sind.

Erstens, Streiks sind möglich und niemand kann sie verbieten.

Zweitens, je größer der Druck der Unzufriedenheit ist, den die Basis der Gewerkschaft - also alle Gewerkschaftsmitglieder und sonstige Solidarische - ihrer Führung vermittelt, umso besser wird die Qualität von gewerkschaftlichen Maßnahmen sein.

Allerdings ist es wichtig anzumerken, dass solche Verbesserungen zunächst wohl hauptsächlich auf die Dauer und Organisationsweise der Streiks beschränkt sein werden. Denn es darf nicht vergessen werden, dass die Regierung und andere ArbeitgeberInnen nur auf eine Gelegenheit warten – frei nach Maggie Thatcher – die Gewerkschaften überhaupt auszuschalten zu können.

Diese werden also gut beraten sein, in kommenden Konflikten ihre Taktik genau zu bedenken. Schließlich ist der schönste langfristige Streik vergeblich, wenn er in einem Fiasko endet. Andererseits müssen die Gewerkschaftsführungen einsehen, dass die Konzentration auf sozialpartnerschaftliche Verhandlungsrituale fast automatisch zu niederlagenähnlichen Ergebnissen führt.

Es wird also sinnvoll sein, gewerkschaftlichen Maßnahmen den Nimbus des Außergewöhnlichen zu nehmen, den Konflikt zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen und seine Austragung zur Normalität werden zu lassen, dabei jedoch nicht zu vergessen, dass es auch einen Tag danach geben muss.

Diese Vorgangsweise hätte außerdem den Vorteil, dass eine aktive Gewerkschaftsbasis sich noch besser einbringen könnte. Und zwar durch noch intensivere Beteiligung an Demonstrationen, Kundgebungen und Dienststellen- oder Betriebsversammlungen, durch direktes Herantreten an Gewerkschaftsführungen und andere Entscheidungsträger etwa durch Anträge und Resolutionen, vor allem aber durch solidarisches Verhalten in bezug auf gewerkschaftliche Maßnahmen anderer Berufsgruppen, um zu vermeiden dass eine Gruppe gegen die andere ausgespielt wird.

So können die Voraussetzungen für zukünftige Streiks geschaffen werden, die nicht nur durchgeführt werden, sondern die auch tatsächlich erfolgreich sind.

Die Notwendigkeit dafür liegt auf der Hand. Denn die Pensionsreform ist nicht Endpunkt sondern der erste wirklich große Schritt eines neoliberalen Kahlschlages der ÖVP-FPÖ Regierung, welcher vor keinem Lebensbereich halt machen wird.

Es drohen weitestgehende Privatisierungen aller wirtschaftlich profitabel verwertbarer Dienstleistungen. Auch die Bereiche Gesundheit, Bildung, Trinkwasser, ja sogar die öffentliche Sicherheit (Privatisierung von Gefängnissen!) werden Ziele dieser Bestrebungen sein.

Die Folgen sind absehbar. Verschlechterte Arbeitsbedingungen bei geringeren Einkommen in allen betroffenen Bereichen. Aushöhlung arbeitsrechtlicher Bestimmungen bis hin zur ‚Entpragmatisierungen‘ und Eingriffen in bestehende Dienstverträge.

Verminderung der Qualität der öffentlichen Dienste durch Einstellung unrentabler Bereiche. Erhöhte Arbeitslosigkeit.

Ziel dieser neoliberalen Politik ist die völlige Verwertbarkeit möglichst vieler Lebensbereiche für das Profitstreben großer internationaler Konzerne.

Den globalen Rahmen für diese Politik bildet aktuell das GATS-Abkommen (General Agreement on Trades in Services) der WTO (World Trade Organisation).

Die Schlüsselregierung erweist sich im Sinne ihrer Klientel als willfährige Erfüllungsgehilfin des Diktats der WTO, das da lautet: Liberalisieren, Privatisieren, Kaputtsparen und Zusperrern.

(Genauere Informationen zu diesem Themenkreis sind zu finden unter: www.attac-austria.org und www.gatswatch.org)

Wir werden weitere gewerkschaftliche Maßnahmen brauchen, und Gewerkschaften die diese organisieren und sich dabei auf ein solidarische Basis stützen und verlassen können.

Ob die Gewerkschaften des ÖGB dem entsprechen wollen wird sich zeigen. Keinesfalls sollten wir aufhören, es von ihnen einzufordern.

Aufgrund von alldem sind die drei Fragen, welche die Überschrift dieses Artikels bilden meiner Meinung nach wie folgt zu beantworten:

1) Wir müssen! 2) Wir werden nicht fragen! 3) Es kann uns nie egal sein!

Gehrer's Biedermeierei

.....hat wieder einmal über die Zukunft räsonieren lassen

Der Druck des europäischen „Turbokapitalismus“ (Saalmutter) auf den Arbeitsmarkt wird im 21. Jahrhundert derart groß, dass selbst die österreichische Biedermeier-Schulpolitik nervös geworden ist. Gehrer's Schul- und Pädagogenbürokratie bereitet in den letzten Jahren allem voran die Verproletarisierung der AHS große Sorge.

Da strömen mehr und mehr MigrantInnenkids der 3. und 4. Generation in die Gymnasien und versauen der bürgerlichen Jugend und Professorenschaft Hochbildung und Kultur. Die AHS habe in einzelnen Regionen den Charakter einer Schule für höher Begabte längst verloren, so Gehrer's „Zukunftskommission“ in dem Zwischenbericht, den sie vor kurzem in der Nationalbibliothek vorgestellt hat. Aber Österreich wäre nicht Österreich, wenn Gehrer's Beamtenclique den Zukunfts-PädagogInnen nicht gerade für die Frage der Gesamtschule Denkverbot erteilt hätte. „Weil das jetzt nur ein neues Pickerl auf alte Schulen wäre“, zieht sich wenig zukunftsreich der Chef der „Zukunftskommission“, Günter Haider, aus der Affäre.

Also just jene Fragestellung wurde ausgespart, die voll die zweite große, ja dramatische Herausforderung für Bildung und Arbeitsmarkt der allernächsten Jahrzehnte betrifft: Die Überalterung der europäischen und österreichischen Gesellschaft und damit Ausdünnung des Arbeitsmarktes! Nach Jahre langen Gehirnwaschekampagnen über „Sozialstaatskrise“ und „Budgetnot“ ist es der Regierung auf dem Gebiet der Pensionen bereits weitgehend gelungen, das „Volk“ (bis hin zum ÖGB) vom länger Arbeiten und von Armutspensionen zu überzeugen. Auf der zweiten Schiene, den zukünftigen Arbeitsmarkt mit genügend jungen und qualifizierten Arbeitskräften aufzufüllen, das Bildungsreservoir also ausreichend zu erweitern, scheitert sie hierzulande offensichtlich an ihrem eigenen Konservativismus!

Bildungsqualität?

Die „Zukunfts“-PädagogInnen des Ministeriums reflektieren in ihrem Zwischenbericht trotzdem die Dramatik des zukünftigen Arbeitsmarktes: Sitzenbleiben nur mehr in krassen Ausnahmefällen, mehr Durchlässigkeit im Bildungswesen, gesetzlicher Anspruch auf Ganztagsbetreuung, Flächenfächer. Routiniert erstellten Günter Haider, Eder, Specht und Christiane Spiel ein gut-bürgerliches nationales(!) Bildungskonzept zur Erfassung einer breiteren SchülerInnenmasse bei Steigerung der Bildungsqualität. Auf dem Papier klingt die Sache logisch, dass Hauptschule/AHS-Unterstufe und hier vor allem die weiter ansteigenden SchülerInnenströme in die höheren Schulen einem Qualitätsmanagement eines nationalen „Bildungsinformationssystems“ samt Evaluationen und Überprüfungen aller Schulen zu unterliegen haben. Den Neoliberalismus haben Haider & Koll. allerdings ebenso intus, sodass sie unhinterfragt weiter die „Autonomie“ der Schulen predigen mit den inzwischen weithin bekannt gewordenen SchuldirektorInnen, die Lehrerinnen und Lehrer anstellen und entlassen dürfen sollen. Bezeichnend

ist es übrigens, dass dies auch die einzige Kritik „unserer“ APS-GÖD-Führung war. Natürlich wäre das ein Hammer, wenn die Schuldirektion Personal- und Finanzhoheit bekäme. Zur parteipolitischen und innerschulischen Schikane käme noch die „ausgegliederte“ chronische Geldkrise an den Schulen. Eine „Autonomie“ ist das, deren Folgen in Schwarzbüchern der Privatisierung mit den „guten“ Schulen (jenen AHS/BHS mit Siemensumarmung) und den „schlechten“ (ohne Umarmung) schon längst bekannt und berüchtigt sind. Österreichs „Bildungsqualität“ hieße so letzten Endes „Elitisierung“ im Schulwesen bei Verblödung des Rests...

Den Kampf gegen den Neoliberalismus in die Schulen tragen

Die SchülerInnen kommen in Gehrers Zukunft nicht vor. Ach ja, einmal jährlich dürfen sie gemäß Haider & Koll. ein „Feed back“ geben und die LehrerInnen „evaluieren“. Uns schwebt eine andere Schule und eine vollere Schuldemokratie vor als Evaluierungen in überfüllten Schulklassen mit überfüllten Lehrplänen. Die ZukunftspädagogInnen leiden in ihrem Zwischenbericht offenbar auch an der mehrheitlich konservativen LehrerInnenschaft in Österreich und wollen ihr, na wie denn sonst von der Minoritenburg herab, mit dem Ausbau der Hierarchie an der Schule (Tutorensystem) und einem Leistung anspornenden Dienstrecht (durch Rauschmissdrohung) zu Leibe rücken. Garcin evaluiert Estelle und diese Ines. Natürlich ist der Vergleich mit Sartres „Huis clos“ dreier zusammen gesperrter konträrer Toter mit dem blanken Brieföffner in der Mitte leicht übertrieben. Doch wirkliche Schuldemokratie kann grundsätzlich nur leben und sich entwickeln in Schulen, die qualifizieren UND emanzipieren! Natürlich sollte schon längst begonnen werden, über die beschränkten SchülerInnenrechte in SGAs hinaus die SchülerInnen an Schulorganisation und Unterrichtsplanung zu beteiligen. Doch nicht zusammengepfercht und im Lehrplanstress, sondern in kleineren Gruppen, viel mehr im Offenen Lernen und im - ja genau, Kollege G. Haider! – im Fächer übergreifenden Unterricht könnte die Schule ihren Lernkasernenmief ablegen! Hier könnte auch die Sozialdynamik einer Kleingruppe die Fähigkeit entwickeln, heterogene Zusammensetzungen zu kompensieren und niemanden bis zum Abschluss der Gemeinsamen Schule „sitzen bleiben“ zu lassen. So weit sind wir einig mit den ZukunftspädagogInnen, die allerdings wahrscheinlich nichts am Stecken haben mit einer Schule, die sich öffnet: Dem Bezirk gegenüber, in dem sie steht, dem gesellschaftlichen Sozial- und Berufsleben, aber auch gegenüber den sozialen Bewegungen und ihrem Kampf für eine soziale und ökologische Welt! Günter Haider sagt im Standard-Interview, dass die „Zukunftskommission“ nicht angestellt wurde, *„um die politische Durchsetzbarkeit abzuwägen, sondern um zu sagen, was wir für gut halten.“* Wir meinen ebenso, dass Visionen keine Krankheit sind und dass sich jene LehrerInnen und SchülerInnen, die Qualität und Emanzipation in ihrer Berufstätigkeit verbinden wollen, bildungs-, sozialpolitisch und gewerkschaftlich zusammenschließen sollten.



Wien, 27.10.03
Karl Fischbacher,
PV-PTS Wien, apfl